

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

52. Sitzung
20. März 2025

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 18.11 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Marcel Hopp (SPD, stellv. Vorsitzender); zeitweise Frau Abg. Tonka Wojahn (GRÜNE, Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) repräsentiert.

Der stellvertretende Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft der stellvertretende Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Wird die Bildungsverwaltung der Aufforderung der Einigungsstelle folgen und die beiden Stellen für die Stabsstelle zur politischen Bildung regulär ausschreiben?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Uns erreichen derzeit Problemmeldungen von Trägern wie LIFE e.V., die sich an Berliner Schulen engagieren und die sich unter anderem auch über Kooperationsverträge aus Mitteln des Bonus-Programms finanzieren. Eine Verlängerung der Kooperationsverträge über März hinaus ist den betroffenen Schulen aufgrund der bisher feh-

lenden Mittelzusage nicht möglich. Wann ist mit der offiziellen Zusage und Festlegung der Höhe der Zuweisung der Mittel aus dem Bonus-Programm zu rechnen?“
(Fraktion der SPD)

- „In Bezug auf die Presseberichterstattung, dass politisch engagierte Schüler*innen am Wochenende in Hohenschönhausen rechter organisierter Gewalt ausgesetzt waren, fragen wir, welche Maßnahmen ergreift der Senat, um Schüler*innen vor rechter Gewalt zu schützen und eine demokratische Schulkultur zu erhalten?“
(Fraktion Die Linke)

Die Fraktion Die Linke zieht ihre o.g. im Vorfeld der Sitzung eingereichte schriftliche Frage zurück und stellt folgende mündliche Frage aus aktuellem Anlass:

„Im Hinblick auf das Bonusprogramm sind viele Schulen Kooperationen eingegangen. Was passiert jetzt mit dem Personal, das ggf. wegfallen wird und wird der Senat hier eine weitere Übergangsfrist einräumen, damit diese Kooperationen noch in diesem Schuljahr zu Ende geführt werden können?“

Weitere mündlichen Fragen aus aktuellem Anlass werden nicht gestellt.

Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) beantwortet diese sowie mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) berichtet und beantwortet zusammen mit Frau Stapfenbeck (SenBJF) Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Der stellvertretende Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe.

Er stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Weiß (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Der stellvertretende Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Weiß (AfD) mit der Kandidatur fest.

Herr Abg. Weiß (AfD) beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Der stellvertretende Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Der stellvertretende Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.
- Er werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Frau Abg. Dr. Wein (CDU), werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.
- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Frau Abg. Wojahn (GRÜNE) werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der wahlberechtigten, anwesenden Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt der stellvertretende Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen er verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Der stellvertretende Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (GRÜNE), und Frau Abg. Dr. Wein (CDU), nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Der stellvertretende Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 22 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 20 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen vor.

Der stellvertretende Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Weiß (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|------------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Überarbeitung der VV Zumessungsrichtlinie – wie geht es weiter?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0295
BildJugFam |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neue Zumessungsrichtlinien: Kürzt der Senat bei den besonders herausgeforderten Schulen?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0308
BildJugFam |

Hierzu: Anhörung

Der stellvertretende Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Punkt eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) der Tagesordnung für die Antrag stellenden Fraktionen.

Herr Abg. Krüger (GRÜNE) und Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründen den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) der Tagesordnung.

Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) nimmt einleitend Stellung.

Es nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Andrea Franke, Schulleiterin, Willy-Brandt Schule,

- Herr Arnd Niedermöller, Vorsitzender und Sprecher des Vorstandes, Vereinigung der Oberstudiendirektorinnen und Oberstudiendirektoren des Landes Berlin e.V. sowie Schulleiter, Immanuel-Kant-Gymnasium in Berlin-Lichtenberg,
- Frau Karin Petzold, Mitglied im Fachbeirat Inklusion und Leitung Vorstandsbereich Schule, GEW Berlin,
- Herr Stephan Witzke, Co-Vorsitzender des Verbands Berliner Grundschulleitungen VBGL e.V. und Schulleiter, Lisa-Tetzner-Schule.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF), Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF), Herr Gabbei (SenBJF) und Herr Schmidt (SenBJF) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss daran beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 3 a) und 3 b) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|--|------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Konzeptionelle Ausgestaltung des neuen Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0262
BildJugFam |
| b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2154
Die Reform der Lehrkräfteausbildung im neuen Landesinstitut (BLiQ) braucht Transparenz und Qualität | 0309
BildJugFam |
| c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Das Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ): Aktueller Stand, Ziele und Perspektiven
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0313
BildJugFam |
| d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Das Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ) – Mehr als eine schöne Fassade?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0315
BildJugFam |

Hierzu: Anhörung

Der stellvertretende Vorsitzende weist darauf hin, dass im Vorfeld der Sitzung zu diesem Punkt eine Anhörung vereinbart worden sei. Es handele sich hierbei jedoch um keine Anhörung, da zu diesem Tagesordnungspunkt lediglich Sachverständige der Verwaltung Stellung nehmen werden.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 6 GO Abghs.

Herr Abg. Bocian (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 a) der Tagesordnung für die Antrag stellenden Fraktionen.

Herr Abg. Krüger (GRÜNE) begründet den Antrag zu Punkt 4 b) sowie den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 d) der Tagesordnung.

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 c) der Tagesordnung.

Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) nimmt einleitend Stellung.

Es nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Agnieszka Markiewicz, Vorsitzende des Personalrats der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter,
- Frau Katy Pírjol, Direktorin des Berliner Landesinstituts für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ),
- Herr Robert Radecke-Rauh, Historiker, Lehrer und Fachseminarleiter in Berlin.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF), Frau Herpell (SenBJF) und Herr Textor (Leitung des Bereichs Qualifizierung im BLiQ, SenBJF) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach der Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu den Punkten 4 a), 4 c) und 4 d):

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Punkte 4 a), 4 c) und 4 d) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Zu Punkt 4 b):

Der Antrag – Drucksache 19/2154 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste 53. Sitzung findet am Donnerstag, dem 03.04.2025, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Marcel Hopp
(stellv. Vorsitzender)

Tonka Wojahn